

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr.1600
der Abgeordneten Ursula Nonnemacher
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 5/4085

Neubau eines Polizeigebäudes in Falkensee

Wortlaut der Kleinen Anfrage Nr. 1600 vom 27.09.2011:

Seit Jahren ist in Falkensee wegen der unzureichenden Unterbringung des Wach- und Wechseldienstes und der Kriminalpolizei ein Neubau geplant. Die Planungen für das Grundstück in der Finkenkruger Straße waren sehr weit fortgeschritten. Nach dem Standortkonzept des Ministeriums des Innern „Polizei Brandenburg 2020“ vom Mai 2011 wird Falkensee jetzt Standort einer Polizeiinspektion.

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwieweit wird die bisherige Planung auf dem Grundstück in der Finkenkruger Straße weiterverfolgt? Werden die Planungen in unveränderter Form übernommen, überarbeitet oder wird gänzlich neu konzipiert? Welche Konzeption liegt dazu vor?
2. Welche konkreten Baumaßnahmen sind geplant? (bitte einen detaillierten Zeitplan anfügen)
3. Welche anderen Standorte für das Polizeigebäude wurden bzw. werden geprüft? Wie war das jeweilige Ergebnis der Prüfung und welche Erwägungen sprachen für bzw. gegen den jeweiligen Standort?
4. Wie bewertet die Landesregierung eine inhaltliche und räumliche Kooperation der Polizei am neuen Standort mit kommunalen Sicherheitskräften (Feuerwehr, Rettungsdienst)?
5. Welche Synergieeffekte wären von einer solchen Kooperation aus Sicht der Landesregierung zu erwarten?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: Inwieweit wird die bisherige Planung auf dem Grundstück in der Finkenkruger Straße weiterverfolgt? Werden die Planungen in unveränderter Form übernommen, überarbeitet oder wird gänzlich neu konzipiert? Welche Konzeption liegt dazu vor?

Datum des Eingangs: 27.10.2011 / Ausgegeben: 02.11.2011

zu Frage 1: Die infolge der Strukturreform „Polizei Brandenburg 2020“ veränderte Dienststellenorganisation führt am weiterhin angestrebten Polizeistandort Falkensee, Finkenkruger Straße dazu, dass sich der räumliche Unterbringungsbedarf vermindert. Im Jahr 2010 frühzeitig unterbrochene Planungen, die sich erst im Stadium eines Vorplanungskonzepts befanden, sollen auf Grundlage des neuen Bedarfs für die künftige Polizeiinspektion fortgeführt werden.

Frage 2: Welche konkreten Baumaßnahmen sind geplant? (bitte einen detaillierten Zeitplan anfügen)

zu Frage 2: Für die künftige Polizeiinspektion ist ein Neubau beabsichtigt. Das Vorhaben befindet sich derzeit in der Phase der erneuten Bedarfsermittlung. Ein fortgeschriebener Zeitplan für das Bauvorhaben liegt noch nicht vor.

Frage 3: Welche anderen Standorte für das Polizeigebäude wurden bzw. werden geprüft? Wie war das jeweilige Ergebnis der Prüfung und welche Erwägungen sprachen für bzw. gegen den jeweiligen Standort?

zu Frage 3: Die gegenwärtig genutzte landeseigene Liegenschaft der Polizeiwache Falkensee, Kochstraße 5-7 wurde prioritär überprüft; sowohl die knappe Grundstücksfläche als auch bauplanungsrechtliche Hindernisse (reines Wohngebiet) führten zum Ergebnis, dass die Ausbaufähigkeit dieser Immobilie für die polizeiliche Nutzung nicht gegeben ist. Andere, für den Zweck geeignete landeseigene Liegenschaften sind in Falkensee nicht verfügbar. In der Folge wurden – ausgehend von einer Recherche auf dem Immobilienmarkt verfügbarer, nicht im Landeseigentum befindlicher Liegenschaften – vier Alternativstandorte im Gebiet der Stadt Falkensee auf ihre Eignung aus polizeilicher Sicht sowie unter immobilienfachlichen Gesichtspunkten geprüft:

- Ein Objekt in der Bahnhofstraße in Privatbesitz mit Altbebauung und teilvermieteten Flächen. Die zentrale Lage und gute Erreichbarkeit (ÖPNV) sprachen für – ein ungünstiger Grundstückszuschnitt, absehbar hoher Rückbaukostenaufwand und von der Kommune vorgebrachte bauplanungsrechtliche Einwände gegen den Standort.
- Grundstücksflächen im Gewerbegebiet Nord am Stadtrand in TLG-Eigentum, unbebaut aber erschlossen. Die gegebene Baureife sprach für – die ungünstige städtische Randlage unter Gesichtspunkten der Erreichbarkeit (fehlende ÖPNV-Anbindung) und polizeitaktischer regionaler Schwerpunkte gegen den Standort.
- Ein weiteres Objekt in der Bahnhofstraße in TLG-Eigentum mit leerstehender Gewerbeimmobilie bebaut. Die zentrale Lage und gute Erreichbarkeit (ÖPNV) sprachen für – absehbar hoher Rückbaukostenaufwand gegen den Standort.
- Das Objekt Finkenkruger Straße in kommunalem Eigentum, unbebaut und teilererschlossen. Die gegebene Baureife, zentrumsnahe Lage und relativ gute Erreichbarkeit, der zu den polizeitaktisch relevanten Schwerpunktbereichen Falkensee und Dallgow-Döberitz günstig gelegene Standort sowie vorteilhafte Konditionen beim Grundstückserwerb gaben den Ausschlag zur Auswahl dieser Liegenschaft durch das Land.

Frage 4: Wie bewertet die Landesregierung eine inhaltliche und räumliche Kooperation der Polizei am neuen Standort mit kommunalen Sicherheitskräften (Feuerwehr, Rettungsdienst)?

zu Frage 4: Eine fachliche Kooperation zwischen der Polizei und den übrigen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben wird durch die Landesregierung grundsätzlich befürwortet und erfolgt bereits aufgaben- und anlassbezogen unter Zugrundelegung der jeweiligen gesetzlichen Zuständigkeiten. Bezüglich einer räumlichen Kooperation, wie der gemeinsamen Nutzung von Unterbringungsobjekten sollten die unterschiedlichen Träger der Behörden und Organisationen einzelfallbezogen Vor- und Nachteile abwägen.

Frage 5: Welche Synergieeffekte wären von einer solchen Kooperation aus Sicht der Landesregierung zu erwarten?

zu Frage 5: Vergleiche die Antwort auf die Frage 4.